



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 337, 22.03.2010

Schulanwahl: Grüne drängen auf vernünftige Lösung für alle Kinder

Debatte in der Bürgerschaft zum Thema Schulen in freier Trägerschaft - Gerichtsurteile anerkennen!

Bremer Kinderschutzbericht 2009

Schulanwahl: Grüne drängen auf vernünftige Lösung für alle Kinder

Zur Schulplatz-Wahl erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Björn Fecker: "Gut, dass die Bildungsbehörde eingelenkt hat und Kinder aus dem Bremer Westen nicht mehr nach Bremen-Nord geschickt werden müssen. Im Bremer Westen zeichnen sich mögliche Lösungen ab, die konstruktiv mit dem Beirat weiter diskutiert werden müssen. Wir erwarten von der Bildungsbehörde aber auch eine vernünftige Lösung für das ‚Viertel‘, die den Interessen der Kinder gerecht wird. Alle Ideen für zusätzlichen Schulraum müssen ernsthaft geprüft werden.

Auf den Prüfstand müssen Vorschläge wie z.B. die Nutzung der Polizeiwache am Brommyplatz. Denkbar ist auch, Oberstufenkurse des Gymnasiums Hamburger Straße in der Hohwisch zu unterrichten. Dadurch würden Räume im Gebäude an der Hamburger Straße frei, so dass das Gymnasium die Räume in der Schaumburger Straße nicht mehr belegen müsste. Das würde an der Schaumburger Straße zusätzliche Kapazitäten für die Oberschule schaffen. Angesichts der absehbar steigenden Kinderzahlen im ‚Viertel‘ und Schwachhausen gehört auch ein dauerhafter Anbau auf dem Gelände der Oberschule an der Schaumburger Straße auf den Prüfstand. Bei den Grünen sind nach ihrer Diskussion mit betroffenen Eltern viele weitere Ideen eingegangen, die wir mit dem Bildungsressort erörtern werden."

Debatte in der Bürgerschaft zum Thema Schulen in freier Trägerschaft – Gerichtsurteile anerkennen!

In der Sitzung der Bürgerschaft in der letzten Woche hatte die FDP eine Aktuelle Stunde zum Thema möglicher Neugründungen weiterer Schulen in freier Trägerschaft angemeldet. In der Debatte wurde deutlich, dass es hierzu sehr unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen gibt, auch in der Koalition.

Aus grüner Sicht hat die Senatorin ihre Ablehnung für die Gründung weiterer Schulen in freier Trägerschaft fundiert begründet. Dennoch gilt es zu berücksichtigen, dass in Bremen Gründungen von Schulen in freier Trägerschaft insbesondere im Grundschulbereich bisher nur für konfessionsgebundene Schulen möglich sind. Darauf fußt auch das Zulassungsverfahren für eine Schule des Humanistischen Verbands. In zwei anderen Bundesländern sind deren Schulen auf der Basis des Grundgesetzes zugelassen. Es gibt aber zudem eine Anzahl von Eltern, die gerne und unbedingt eine sog. "Freie Schule" gründen möchten, wie es diese in anderen Bundesländern und vielen Großstädten auch gibt. Im staatlichen Schulsystem haben wir in Bremen die "Kinderschule" integriert, die aus einer ähnlichen Bewegung hervorgegangen ist.

Anja Stahmann als bildungspolitische Sprecherin der Fraktion sagte dazu: "Aus meiner Sicht verträgt Bremen eine "Freie Schule", ohne die Probleme des sozialen Auseinanderdriftens der Stadt zu bestreiten. Dennoch will ich einräumen, dass es auch in unserer Fraktion Abgeordnete gibt, die beim Thema "Freie Schule" sehr skeptisch und ablehnend sind. Die Mehrheit ist aber den Freien Schulen gegenüber aufgeschlossen und steht diesen positiv gegenüber. Als grüne Fraktion sind wir geschlossen der Auffassung, dass die Senatorin keine weiteren Rechtsmittel nutzen sollte, um die beiden Schulen zu stoppen. Das Gericht hat klare Worte gefunden. Die grüne Fraktion erkennt die Urteile an. Bremen steht es gut an, auch Schulen mit anderen pädagogischen Konzepten zu haben. Dies bereichert die Schullandschaft, ob privat oder öffentlich. Allerdings müssen sich die Schulträger der Schulen in Freier Trägerschaft auch ernsthaft dem Thema soziales Auseinanderdriften stellen und ihre Schulkonzepte entsprechend integrativ ausrichten."

Mit der Einführung der Oberschulen und Inklusion hat das Bremische Schulwesen Rahmenbedingungen gesetzt, damit Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden können. Schulen können sich auch im öffentlichen Schulsystem auf den Weg machen, als Reformschule andere pädagogische Konzepte umzusetzen. Hier hat Rot-Grün es den Schulen erleichtert, dass sie als öffentliche Schulen veränderte pädagogische Konzepte realisieren können. Die Gesamtschule Mitte hat einen solchen Reformschulantrag formuliert. Das finden wir gut und möchten diese Entwicklung unterstützen.

Bremer Kinderschutzbericht 2009
Kinderschutz auf gutem Weg:
Bremen fördert und schützt seine Kinder

Den Bremer Kinderschutzbericht 2009 zum Stand und den Entwicklungslinien des Bremischen Handlungskonzeptes Kindeswohlsicherung und Prävention - finden Sie hier: http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-569_S_438.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.